

(Kuhl [F.D.P.]

- (A) Antworten vorzulegen. Ich denke, dann kämen wir einen ganzen Schritt weiter. Ich würde mich freuen, wenn einige heute trotzdem dem Antrag der F.D.P. zustimmen könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Klose:** Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kuhl, vielleicht ist Ihre Akte deswegen so dick, weil Sie darin immer das gleiche abgeheftet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe den Eindruck, wir behandeln dieses Thema nicht zum dritten, sondern mindestens zum zehnten Mal. Sie haben das Thema dermaßen zu Toide geritten, daß man es eigentlich nur noch ertragen kann, wenn man vorher in der Kaffeeklappe gewesen ist. Ich war es leider nicht. Ich frage mich wirklich, warum Sie auf diesem Thema so herumreiten. Stoßen Sie vielleicht selber oft schmerzhaft an diese Sperrzeitgrenze? - Anders kann es wohl nicht sein. Deswegen denke ich einfach: Laßt es uns kurz und schmerzhaft wegstimmen! - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Klose:** Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung dieses Tagesordnungspunktes und können zur Abstimmung schreiten.

Der Ausschuß empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/8651, den Antrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 11/7418 abzulehnen. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 11:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung und das Notarversorgungswerk Köln**

(C)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 11/8292

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Rechtsausschusses  
Drucksache 11/8603

zweite Lesung

Es ist vereinbart, daß über diesen Gesetzentwurf keine Debatte mehr stattfindet, sondern sofort abgestimmt wird.

Der Rechtsausschuß hat in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/8603 empfohlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/8292 unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf damit in zweiter Lesung mit großer Mehrheit verabschiedet worden ist.

Ich rufe dann Punkt 12 der Tagesordnung auf:

(D)

**Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes (LFoG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/6813

in Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes, des Gemeinschaftswaldgesetzes und des Landschaftsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 11/8331

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) **Beschlußempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz  
Drucksache 11/8652**

zweite Lesung

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Fraktion der CDU in der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz am 23. März 1995 ihren **Gesetzentwurf Drucksache 11/6813** zurückgezogen hat. Die **Beschlußempfehlung** des Ausschusses **Drucksache 11/8652** enthält daher lediglich eine **Beschlußempfehlung** zu dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 11/8331**.

Ich weise ferner darauf hin, daß es einen **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 11/8723** gibt.

Ich eröffne die **Beratung**. Das Wort hat Herr Kollege **Steinkühler** für die Fraktion **SPD** erbeten.

**Abgeordneter Steinkühler (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Saaluhr zeigt 16.30 Uhr.

(B)

(Beifall des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Mit anderen Worten: Wenn ich zu Hause bin, hätte ich, folgte man dem Antrag der CDU, keine Chance mehr, in den Wald zu gehen, zumindest nur auf eigene Gefahr, es sei denn, meine Damen und Herren, ich führe mit dem Auto in den Wald; denn motorgetriebene Fahrzeuge sind auch noch eine Stunde nach Sonnenuntergang zugelassen.

Also, meine Damen und Herren! Wir haben einen **Gesetzentwurf** der Landesregierung vorliegen und im Ausschuß beraten. Er hatte zum Ziel, das **Landesforstgesetz** und das **Gemeinschaftswaldgesetz** an bestehende Regelungen in anderen Bereichen anzupassen, unter anderem an das **Landesabfallrecht** und an die **Neuorganisation** der Forstverwaltung. Das sind die beiden wesentlichen Gründe, die auch aus der Begründung für den **Gesetzentwurf** hervorgehen.

Entsprechend waren wir der Meinung, daß eine **Anhörung** zu diesem **Gesetzentwurf** nicht erforderlich gewesen sei. Die **CDU-Fraktion** hat eine **Anhörung** beantragt, die durchgeführt worden ist. **Naturgemäß** wird in einer solchen **Anhörung** von den **Verbänden** und den **Interessengruppen** alles das **vorgetragen**, was sie denn für **wesentlich** und **wichtig** halten. Und das ist auch nicht verboten. (C)

Die **CDU** hat nun fast komplett die dort **vorgetragenen** Anregungen übernommen und als **Antrag** eingebracht. Wir sind der Meinung, daß zwischen der **Einbringung** des Gesetzes am 16. Februar - **Anhörung** am 14. März, abschließende **Beratung** im Ausschuß am 23. März, das **Protokoll** über die **Anhörung** erst am 27. März - und der abschließenden **Beratung** im Plenum am 31. März für eine solche umfangreiche **Novellierung**, wie sie die **CDU** vorschlägt, die **Zeit** für eine eingehende **Beratung** nicht ausgereicht hat und nicht ausreicht.

Von daher werden wir auch nun im Plenum den **Anträgen** der **CDU** widersprechen und sie **ablehnen**. Wir bitten herzlich, entsprechend der **Beschlußempfehlung** zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Klose:** Ich erteile das Wort dem Kollegen **Knipschild** für die Fraktion der **CDU**. (D)

**Abgeordneter Knipschild (CDU)\*:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige **Beratung** über die **Änderung** des **Landesforstgesetzes** ist der **traurige Tiefpunkt** und der **beschämende Abschluß** dieser nun zu Ende gehenden **Legislaturperiode** im Bereich der **Forstpolitik**.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Jahrzehntelang** wurde im **Landtag** die **Forstpolitik** aus dem **kleinkarierten parteipolitischen Gezänk** herausgehalten. Und auch in dieser **Periode**, meine Damen und Herren, haben wir in den ersten drei Jahren bis zum **Herbst 1993** mit viel **Geduld** und **Selbstüberwindung** versucht, die durch **Stürme** zu **Beginn** des Jahres 1990 völlig **durcheinander geratene** **Forst- und Holzmarktpolitik** sachlich und **konstruktiv kritisch** in **vernünftige Bahnen** zu lenken.

(Knipschild [CDU])

- (A) Leider prallten all diese Bemühungen an der Uneinsichtigkeit und Ignoranz sowohl der Landesregierung als auch der Mehrheitsfraktion in diesem Hause ab.

(Widerspruch bei der SPD)

Die marktwirtschaftlichen Mechanismen des Holzmarktes wurden durch zentralistische und dirigistische Eingriffe des Ministeriums außer Kraft gesetzt, so daß der Holzmarkt völlig zusammenbrach.

(Zurufe von der SPD)

Der Landesrechnungshof untersuchte in einer umfangreichen Überprüfung den Verkauf des landeseigenen und des kommunalen Holzes. Wir warten seit Monaten auf den Bericht, der im Ministerium unter Verschuß gehalten wird.

(Zurufe von der SPD)

Er ist seit Juni 1994 fertiggestellt und liegt seit 10 Monaten auf Eis.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Untersuchen!)

- (B) Über 100 000 Festmeter Holz, meine Damen und Herren, wurden mit Schadstoffen im Naßlagerplatz Vile kontaminiert, so daß sie auf dem deutschen Markt nicht mehr verkäuflich waren. Sie konnten nur mit hohen Verlusten in die ferne Türkei verschifft werden.

Die Reform der Landesforstverwaltung ist im Ergebnis ein Torso; die Revierflächen der neuen Forstämter erstrecken sich in einer Bandbreite von 5 000 bis 55 000 Hektar. Die Einheitlichkeit in der Verwaltung der Besitzarten wurde aufgegeben, und unsere Forstleute sind in hohem Maße frustriert und demotiviert.

Bis zur Umsetzung am 1. Oktober steht Ihnen, Herr Minister, noch sehr viel Ärger ins Haus. Anschließend wird es große Anstrengungen bedürfen, unsere Forstverwaltung auf dem anerkannt hohen Niveau fortzuführen.

Alle unsere Angebote und Bemühungen in den letzten zwei Jahren, die schlimmsten Auswirkungen dieser von mir in Kurzform geschilderten Tatbestände zu verhindern oder abzumildern, wurden

von Ihnen ausgeschlagen. Genauso geschieht es heute wieder. Kollege Steinkühler hat es gerade noch einmal bezüglich der Novellierung des Landesforstgesetzes formuliert. (C)

Wir hatten vor über einem Jahr das Kernstück dieser Novellierung eingebracht. Dann haben wir im Interesse der Sache ein Jahr lang auf den Gesetzentwurf der Landesregierung gewartet. Im Februar wurde er uns vorgelegt, und nun wird geklagt, daß man keine Zeit mehr zu einer vernünftigen inhaltlichen Beratung habe. Was wir bei der inhaltlichen Beratung dann erlebt haben, ist einerseits ein Höhepunkt an Arroganz und Überheblichkeit der mit der absoluten Mehrheit ausgestatteten SPD-Fraktion, andererseits aber auch ein Tiefpunkt an demokratischer und parlamentarischer Streitkultur.

Es fand eine Anhörung statt. Herr Kollege Steinkühler, Sie haben sie selbst in der letzten Ausschusssitzung als eine gescheite, präzise, prägnante Anhörung dargestellt. Das haben wir einvernehmlich getan. Die kommunalen Spitzenverbände, der Waldbauernverband, der Bund Deutscher Forstleute, die Gewerkschaften - das sind doch alles ernstzunehmende Gesprächspartner und Anzuhörende - haben viele sinnvolle und nützliche Anregungen gegeben und Verbesserungsvorschläge gemacht. (D)

Ein Teil davon - wirklich nicht alles; das läßt sich sehr leicht gegenchecken - hat die CDU-Fraktion zur weiteren Verbesserung und Klarstellung der Gesetzesänderung aufgegriffen. Das ist sowohl in der vorigen Woche im Ausschuß geschehen wie auch heute im Parlament. Wir werden das gleich zur Abstimmung stellen.

Sie, Herr Gorlas, erklären in der Ausschusssitzung lapidar "alles Tinnel". Keine Anregung, nicht einmal notwendige redaktionelle Verbesserungen und Klarstellungen finden Gnade vor Ihrem sturen "So bleibt es und nichts geht mehr!".

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Ungeheuerlich!)

Das ist keine vernünftige Anwendung des sinnvollen parlamentarischen Instruments "Anhörung". Nein, das ist viel schlimmer, das ist eine Desavouierung und Verhöhnung der unserer Mei-

(Knipschild [CDU])

(A) nung nach ernst zu nehmenden Gesprächspartner und ihrer fundierten Beiträge in dieser Anhörung.

(Beifall bei der CDU)

Wir bedauern das sehr. Wir lehnen eine solche Betonhaltung ab. Deshalb bitte ich erneut darum: Gehen Sie noch einmal in sich, meine Damen und Herren von der SPD und Herr Kollege Steinkühler als Ihr heutiger Sprecher. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu. In diesem Fall würden wir auch dem Gesetzentwurf zustimmen und ihn mittragen. Andernfalls müßten wir ihn leider wegen seiner ganz offenkundigen Unzulänglichkeiten ablehnen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Meyer für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider muß ich mich, was diesen Tagesordnungspunkt angeht, meinem Vorredner anschließen. Ich bedauere es auch außerordentlich, daß wir keinen gemeinsamen Entschluß in dieser Richtung fassen konnten. Und damit möchte ich meinen Beitrag zu diesem Tagesordnungspunkt abschließen.

(B)

Ich möchte aber den Herrn Präsidenten bitten, noch ein paar persönliche Worte sagen zu dürfen, da ich zu 99 3/4 % heute zum letzten Mal an diesem Ort stehe.

Vizepräsident Dr. Klose: Herzlich gern.

Abgeordneter Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mich zehn Jahre bzw. fünf Jahre ertragen konnten. Ich möchte aber auch all diejenigen Dank sagen, die für unser körperliches und auch leibliches Wohl in diesem Hause gesorgt haben.

Ich möchte jetzt noch einmal persönlich werden dürfen und einen Namen nennen: Gestern habe ich nämlich ein Angebot bekommen, Herr Minister Matthiesen oder lieber Klaus - du hast auch Friedel zu mir gesagt; dann tun wir das heute einmal

so -, und ich bedanke mich für deine Großzügigkeit. Ich werde einmal sehen, ob mein Finanzminister mir die erste Rente für den Hirsch freigibt. (C)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen: Meine Einladung, die ich dir all die Jahre immer angeboten habe, bleibt aufrechterhalten. Du hast es ja immer abgelehnt mit der Begründung, ich hätte mit dir Wahlkampf machen wollen. Da ich jetzt nicht mehr kandidiere, kannst du ja ruhig einmal kommen.

(Beifall)

Du bist also herzlich eingeladen.

(Beifall)

Ich danke aber auch herzlich dem Präsidium, Herr Präsident. Ich wünsche allen, die noch in diesem Hause verbleiben, für die nächste Wahlperiode alles Gute - hoffentlich nur zum Wohle der Bürger. Damit möchte ich mich verabschieden und noch einmal "Danke schön" sagen.

(Lebhafter Beifall)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich danke für die schöne Rede. Der Beifall, Herr Kollege Meyer, ist um so bemerkenswerter, weil Sie ja nur einen eingeladen haben. Die anderen haben trotzdem alle Beifall gegeben, auch diejenigen, die nicht eingeladen worden sind. (D)

(Heiterkeit und Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Dr. Vesper.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sag mal "Auf Wiedersehen"! - Weitere Zurufe)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Gefallen kann ich Ihnen nicht tun, hier auch eine Abschiedsrede zu halten - toi, toi, toi.

(Oh-Rufe)

Ich möchte aber sagen, daß wir alle den Kollegen Meyer - das gilt auch für meine Fraktion - als besonders angenehmen Kollegen kennengelernt ha-

(Dr. Vesper [GRÜNE])

- (A) ben und bedauern, daß er in der nächsten Wahlperiode hier nicht mehr mitarbeiten wird.

Zu dem Gesetzentwurf will ich nur folgendes sagen: Er ist schon vom Beratungsverlauf her durchgepeitscht worden. Ich will das nur anhand weniger Daten noch einmal deutlich machen: Entwurf an die kommunalen Spitzenverbände per Telefax am 4. Januar; Aufforderung zur Stellungnahme bis zum 10. Januar; erste Lesung am 16. Februar; Anhörung im Fachausschuß am 14. März; abschließende Ausschußberatung am 23. März; zweite Lesung am 31. März, also heute. Das ist eine Hochgeschwindigkeitsberatung in nicht einmal sechs Wochen. Man könnte auch sagen, daß dies Torschlußpanik ist, weil Sie nach dem 14. Mai ein solches Gesetz nicht mehr durchsetzen könnten.

(Ah-Rufe von der SPD)

So sinnvoll einzelne Änderungen zum Landesforstgesetz sein mögen, in der Summe ergibt sich ein neuerlicher Rückzug des öffentlich kontrollierten Umweltschutzes aus dem Diskussions- und Entscheidungsprozeß. Ich will angesichts der fortgeschrittenen Zeit die Argumente nicht mehr in einzelnen vortragen.

- (B) Zusammenfassend kann ich nur feststellen, daß Sie mit den diversen Artikelgesetzen der letzten Jahre und den dahinter stehenden Beschleunigungsbemühungen in der Abwicklung von Planverfahren einerseits und den Versuchen, die öffentlichen Verwaltungen schlanker zu machen andererseits, einen massiven Erosionsprozeß im grünen Umweltbereich losgetreten haben. Dessen gesamtes Ausmaß werden wir vielleicht erst in paar Jahren überschauen. Dann werden wir vielleicht den Stunden nachtrauern, in denen wir in diesem runden Hause leichtfertig die verschiedenen Gesetzesänderungspakete auf den Weg gebracht haben.

Dieses Urteil gilt auch hinsichtlich der notwendigen Regelungen der bisherigen kalten Abfallbeseitigung im Wald. Dabei geht es um den forstlichen Wegebau, der häufig und in nicht unbeträchtlichem Umfang unter Verwendung von Bauschutt erfolgt. Mit der unspezifizierten Einfügung des § 6 a - Abfallverwertung und Abfallentsorgung - sowie der Formulierung in Absatz 2: "Die Verwertung von Abfällen im Wald ist der Forstbehörde vor Beginn der Maßnahme rechtzeitig anzuzei-

gen." gibt die Landesregierung ein völlig falsches Signal. Sie gibt Anlaß zu verhängnisvollen Mißverständnissen über den Wald als neuen Bestandteil des nordrhein-westfälischen Abfallbeseitigungskonzeptes. (C)

Deswegen können wir dem Gesetzentwurf insgesamt nicht zustimmen, natürlich dem Änderungsantrag der CDU erst recht nicht, der den Gesetzentwurf der Landesregierung weiter verschlechtern würde. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Matthiesen.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Ausschuß ist die Sachberatung ausführlich geführt worden. Ich will dem nichts mehr hinzufügen.

Ich will nur Ihnen sagen, Herr Knipschild: Drucken Sie es ab! Deshalb ist Ihre Rede auch gehalten worden. Ich gönne Ihnen diesen Abdruck, wenn Sie mir dann die vorhandene breite Zustimmung der Waldbesitzer und der gesamten Jägerschaft gönnen. Das ist für mich wichtiger. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zu Friedel Meyer wollte ich noch sagen: Mach es gut! Die Landesregierung dankt dir, ich persönlich in besonderer Weise. Wir werden uns wiedersehen, alter Freund und Mitstreiter!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Es hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet, so daß ich die Beratung schließe.

Wir haben abzustimmen, erstens über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 11/8723. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei einer Enthaltung und den Stimmen der Fraktion

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. abgelehnt worden ist.

Wir haben zweitens über den **Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/8331** abzustimmen. Der Ausschuß hat sich in seiner **Beschlußempfehlung** dafür ausgesprochen, den **Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/8331** unverändert anzunehmen. Wer den **Gesetzentwurf der Landesregierung** entsprechend der **Beschlußempfehlung** annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der **Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/8331** in zweiter Lesung mit den Stimmen der **SPD-Fraktion** gegen die Stimmen der drei anderen **Fraktionen** angenommen und damit **verabschiedet** ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

#### Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a Grundgesetz

hier: Anmeldungen zum 25. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG)

(B)

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
gemäß § 10 Abs. 3 LHO  
Vorlage 11/3755

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 11/8653

Hier ist keine Debatte vorgesehen, so daß wir über die **Beschlußempfehlung** abstimmen können. Der Ausschuß empfiehlt, diese **Vorlage** der **Landesregierung** gemäß § 10 Abs. 3 LHO zur **Kenntnis** zu nehmen. Meine Damen und Herren, wenn Sie dieser **Beschlußempfehlung** folgen wollen, dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. - Die **Gegenprobe!** - **Stimmenthaltungen?** - Damit ist diese **Beschlußempfehlung** bei **Stimmenthaltung** der **CDU-Fraktion** und **Zustimmung** der drei anderen **Fraktionen** angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

**Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung des Abgeordneten Dr. Helmut Linsen und weiterer 86 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen, §§ 1 und 6 Abs. 9 des Haushaltsgesetzes 1995 seien mit Art. 81 Landesverfassung unvereinbar und nichtig**

(C)

VerfGH 5/95  
Vorlage 11/3751

Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses  
Drucksache 11/8602

Eine Debatte ist auch zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vorgesehen.

Ich lasse über die **Beschlußempfehlung** abstimmen. Der Ausschuß hat empfohlen, zu diesem **Verfahren** beim **Verfassungsgerichtshof** für das **Land Nordrhein-Westfalen** nicht **Stellung** zu nehmen. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die **Gegenprobe!** - **Stimmenthaltungen?** - Das ist **tatsächlich einstimmig** so beschlossen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet, daß wir am Ende der heutigen Sitzung sind. Es ist noch kein Grund, sich zu verabschieden, jedenfalls nicht für diese Wahlperiode, da am 25.04.1995 noch eine zusätzliche Plenarsitzung stattfindet.

(D)

Ich wünsche Ihnen, daß Sie gut nach Hause kommen. Frohe Osterferien und eine fairen Wahlkampf!

Damit ist die Sitzung geschlossen.

Schluß: 16.50 Uhr

\*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

06. April 1995/Ausgegeben: 11. April 1995

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.